



3



Betriebe-Kd.-Nr.:

Betriebsnummer 1):

Empfänger

1) Es ist die Betriebsnummer vom Sitz des Ausbildungsbetriebes anzugeben.

Antrag
auf „Ausbildungsprämie“ und „Ausbildungsprämie plus“ nach dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“

1. Ich beantrage eine „Ausbildungsprämie“ gem. Ziffer 2.1 der Ersten Förderrichtlinie für das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ für die Einstellung von:

| Name, Vorname | Ausbildungsberuf laut Ausbildungsvertrag | Ausbildungsbeginn | voraussichtliches Ende der Probezeit |
|---------------|---|-------------------|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

2. Ich beantrage eine „Ausbildungsprämie plus“ gem. Ziffer 2.2 der Ersten Förderrichtlinie für das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ für die zusätzliche Einstellung von:

| Name, Vorname | Ausbildungsberuf laut Ausbildungsvertrag | Ausbildungsbeginn | voraussichtliches Ende der Probezeit |
|---------------|---|-------------------|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

3. Ausbildungsbetrieb

3.1 Bevor Sie die zutreffende Betriebsgröße ankreuzen, lesen Sie bitte die folgenden **wichtigen Hinweise zur Feststellung der Betriebsgröße**:

Bei der Bestimmung der Betriebsgröße sind sämtliche Beschäftigte des Unternehmens, dem der Betrieb angehört, und, falls das Unternehmen einem Konzern angehört, die Zahl der Beschäftigten des Konzerns, zu berücksichtigen.

Teilzeitbeschäftigte sind anteilig - je nach Umfang ihrer wöchentlichen Arbeitszeit - zu berücksichtigen:

| Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit | Berücksichtigung mit |
|--------------------------------------|----------------------|
| Bis zu 10 Stunden | 0,25 |
| Bis zu 20 Stunden | 0,50 |
| Bis zu 30 Stunden | 0,75 |

Bitte kreuzen Sie die zutreffende Betriebsgröße zum Stichtag 29. Februar 2020 an.

- weniger als 10 Beschäftigte
 10 bis 49 Beschäftigte
 50 bis 249 Beschäftigte
 ab 250 Beschäftigte

3.2 Von der Förderung ausgeschlossen, sind folgende Ausbildungsbetriebe:

- Arbeitgeber der öffentlichen Hand, wie Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
- privatrechtliche Unternehmen oder Organisationen, an denen die öffentliche Hand die Kapitalmehrheit hält oder deren Finanzierung überwiegend durch öffentliche Mittel erfolgt sowie
- Schulen oder Hochschulen
- bei Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, Abnahme oder Verpflichtung einer Vermögensauskunft

Der Ausbildungsbetrieb gehört einer der vier genannten Kategorien an:

- ja, Kategorie: _____
 nein

4. Betroffenheit des Ausbildungsbetriebes

Der Ausbildungsbetrieb ist durch die Corona-Krise in erheblichem Umfang betroffen, da

4.1 Durchführung von wenigstens einem Monat Kurzarbeit im ersten Halbjahr 2020

- ja, der Nachweis (Leistungsbescheid Kurzarbeitergeld) ist beigelegt
 nein

oder

4.2 Einbruch des Umsatzes in den Monaten April und Mai 2020 um durchschnittlich mindestens 60 Prozent gegenüber April und Mai 2019, was an dieser Stelle glaubhaft versichert wird und im Bedarfsfall durch geeignete Unterlagen nachgewiesen werden kann. Bei einem Ausbildungsbetrieb, der nach April 2019 gegründet worden ist, sind statt der Monate April und Mai 2019 die Monate November und Dezember 2019 zum Vergleich heranzuziehen

- ja Umsatz April 2020: _____ Euro Umsatz Mai 2020: _____ Euro
 Umsatz April 2019: _____ Euro Umsatz Mai 2019: _____ Euro
 Umsatz November 2019: _____ Euro Umsatz Dezember 2019: _____ Euro
 nein



5. Ausbildungsverträge

Wie hoch war die Anzahl an neuen Ausbildungsverträgen im

- a. Ausbildungsjahr 2017/2018: _____
b. Ausbildungsjahr 2018/2019: _____
c. Ausbildungsjahr 2019/2020: _____

6. Ausschlussgründe

6.1 Eine/r der unter Ziffer 1 oder 2 genannten Auszubildenden ist Ehegatte oder Verwandte/r ersten Grades der Inhaberin/des Inhabers des Ausbildungsbetriebes.

- ja, Name, Vorname: _____
 nein

6.2 Der Ausbildungsbetrieb erhält für eine/n unter der Ziffer 1 oder 2 genannten Auszubildenden eine Förderung auf anderen rechtlichen Grundlagen oder nach anderen Programmen des Bundes oder der Länder mit gleicher Zielrichtung oder gleichem Inhalt.

- ja, Namen, Vornamen: _____
 nein

6.3 Der Ausbildungsbetrieb hat innerhalb der letzten drei Steuerjahre De-minimis-Beihilfen erhalten.

- ja, in Höhe von: _____ Euro
 nein

7. Bankverbindung

Mit dem Bestehen der Probezeit/en bitte ich die bewilligte Leistung zu überweisen

IBAN _____ BIC _____
bei _____
Geldinstitut

Kontaktdaten (anzusprechende Person, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)

Checkliste über beizulegende Anlagen bzw. Nachweise:

- Für staatlich anerkannte Ausbildungsberufe ist eine Bescheinigung der nach dem Berufsbildungsgesetz, der Handwerksordnung oder dem Seearbeitsgesetz zuständigen Stelle als Nachweis für die Ziffern 1., 2. und 5. beizulegen. Für die anderen förderfähigen Berufe ist der Ausbildungsvertrag als Nachweis beizufügen.
- Ein Leistungsantrag für den Anspruchszeitraum im ersten Halbjahr 2020 (Leistungsbescheid Kurzarbeitergeld) ist als Nachweis für die Ziffer 4.1 beigefügt.
- De-minimis-Erklärung des Antragstellers

Hinweise:

- Der Antrag ist an die Agentur für Arbeit zu richten, in deren Bezirk der Ausbildungsbetrieb liegt.
- Ein Ausbildungsbetrieb kann für einen Ausbildungsvertrag nur durch eine „Ausbildungsprämie“, eine „Ausbildungsprämie plus“ oder eine „Übernahmeprämie“ bei Insolvenz gefördert werden.
- Die „Ausbildungsprämie“ und „Ausbildungsprämie plus“ stehen unter der Bedingung, dass das einzelne Ausbildungsverhältnis über die Probezeit hinaus fortbesteht. Mit dem Bestehen der Probezeit ist die „Erklärung des Ausbildungsbetriebs über Probezeiten“ einzureichen, um die bewilligte Leistung auszuzahlen.
- Es besteht kein Anspruch auf die Gewährung der „Ausbildungsprämie“ bzw. „Ausbildungsprämie plus“. Die Agentur für Arbeit entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach der Reihenfolge des Antragseingangs mit den vollständigen Unterlagen.

Erklärung:

- Die vorstehenden Angaben sind vollständig und entsprechen der Wahrheit.
- Uns ist bekannt, dass falsche und unvollständige Angaben nicht nur zur Erstattung von Leistungen, sondern auch zu einem Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahren (Subventionsbetrug) führen können. Darüber hinaus sind uns die Tatsachen nach den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung (VV.BHO) Nr. 3.4 zu § 44 BHO als subventionserheblich und die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB bekannt.
- Wir verpflichten uns, jede Änderung gegenüber unseren Angaben im Antrag unverzüglich mitzuteilen, die sich auf die Fördervoraussetzungen und die Zahlung der Förderung auswirkt. Dies gilt insbesondere für die Ziffern 6.2 und 6.3 des Antrages.

Ort, Datum

Unterschrift und Firmenstempel